

Gregor Gysi: “Wir brauchen endlich Demokratie in Kuba!”. Weiß er, wovon er spricht?

Zwischen 2 Landtagswahlen ein kleines Fenster für grundlegendere Kommentare

Die Wähler der Linkspartei haben mit einem befriedigenden Wahlergebnis von 18 Prozent in Mecklenburg – Vorpommern sich weitgehend resistent gegenüber dem Gerede von angeblich parteischädigendem Diskussionsbeiträgen zum mauerbauenden Walter Ulbricht, der K – Debatte und Geburtstagsgrüße für den maximo lder Fidel Castro erwiesen. Viele linke Wähler wissen – entgegen dem Geschwätz der bürgerlichen Presse und den Angsthasen in den eigenen Reihen - dass die Kompetenz der Linkspartei für den Mindestlohn, für eine soziale, friedensorientierte und arbeitsplatzschaffende Programmatik wichtiger einzuschätzen sei. Die Wähler haben sich von kurzatmig historisierenden oder irritierenden wie unprofessionelle Statements nicht irritieren lassen. Das Aufatmen in der Kleinen Alexanderstraße war am Wahlabend unüberhörbar. Ein „neues Wir-Gefühl“ soll im Entstehen sein. Hoffen wir dies. Bevor aber das Berliner „Wahlfieber“ infektiös viele dieser Angsthasen erneut ansteckt und sie zu kleinen grauen Mäusen werden lässt, die sich im zerfurchten Politacker vor dem kalten Medienwind ducken, öffnet sich im Vorfeld der aktuellen Wahlkampfphase ein kleines Fenster für ein paar grundsätzlichere Bemerkungen über die letzten Wochen. Picken wir den Kasus Kuba und die Demokratie heraus.

Was meint Gregor Gysi, wenn er Demokratie in Kuba einfordert?

Es soll hier nicht auf das unprofessionelle und skurrile Zustandekommen des Glückwunschs Schreibens der beiden Parteivorstände Klaus Ernst und Gesine Löttsch zum 85. Geburtstags von Fidel Castro eingegangen werden, wo einige büromäßige Routinen offensichtlich nicht eingehalten worden sind. Das Schreiben ist heraus, maschinelle Unterschriften sind gültige Unterschriften, und die Kubanische Botschaft hat zu Recht das Schreiben publiziert. Es ist wenig gegen den gescholtenen Text einzuwenden. Ob es vielen gefällt oder nicht, Fidel ist eine historische Figur der Linken weltweit, und dieses wollte der Text ausdrücken. Und der Vorstand hat nicht Unrecht, wenn er meint, dass Glückwünsche nicht der Ort für das Einfordern von Defiziten sind. Dies gebiete schon die Höflichkeit. Wenn nicht die Hasenfüße wären, an ihrer Spitze der Vorsitzende der Berliner Linken, Klaus Lederer, der zu Unrecht – wie das Wahlergebnis Mecklenburg Vorpommern beweist -, sich empört - „Mir steht es bis hier oben!“ weil hier der Erhalt der Regierungsbeteiligung gefährdet sei. Ein bisschen mehr Gelassenheit täte schon gut. Brisant wird die Geschichte erst mit dem Auftreten von Gregor Gysi, der auf der Pressekonferenz vom 21. August 2011 einfordert, „dass wir endlich Demokratie in Kuba brauchen“ (Zitat 1). Es erheben sich verschiedene Fragen:

Macht Gregor sich zum Büttel von Reagan, den beiden Bushs bis Obama? Die formale bürgerliche Demokratie unter kapitalistischen Vorzeichen

Das Verhältnis zu Kuba ist für die USA kein außenpolitisches sondern ein innenpolitisches Verhältnis. Das macht es so schwierig. Die USA folgt nicht dem Ratio eines internationalen Ausgleichs zu beiderseitigen Nutzen, sondern bedient die Klientel im eigenen Lande. Unter dem Druck der exilkubanischen Führung halten die USA die Blockade aufrecht. Hinzu kommt der eingefleischte antikommunistische Reflex der kapitalistischen Noch-Super-Macht, ob demokratische oder republikanische Präsidenten. Seit dem Fall der Berliner Mauer herrscht Asymmetrie, unter dem Kuba leidet. Mit der Entlassung der oppositionellen Journalisten aus den Gefängnissen unter der Begleitung der katholischen Kirche Kubas und Reiseerleichterungen für Kubaner ins Ausland will Kuba sein Verhältnis zu den USA

verbessern. Aber alle Präsidenten der USA haben als Vorbedingung für Verhandlungen zwischen Kuba und ihrem Land ihre Vorstellung von Demokratie eingefordert – mit Ausnahme von Jimmy Carter, der bei seinem letzten Besuch im Frühjahr 2011 in Kuba deswegen einen warmherzigen Empfang bekam. Kuba andererseits besteht auf Verhandlungen ohne Vorbedingungen einer Seite. Es kann sich dabei auf das Völkerrecht berufen, das Einmischungen in nationale Angelegenheiten verbietet, aber was hilft das, wenn die Machtverhältnisse so einseitig geworden sind? Mit etwas Chuspe könnte man sagen, Kuba besteht ja auch nicht darauf, dass die USA vor Verhandlungen sozialistisch wird. Die USA wollen Kuba ihr eigenes Demokratieverständnis überstülpen. Demokratie in diesem Sinne ist ein präsidiales Mehrparteiensystem nach USA-Muster oder ein repräsentatives Mehrparteiensystem nach dem deutschen Grundgesetz unter kapitalistischen Vorzeichen. In einer solchen Demokratie herrscht der Kapitalismus. Was bedeutet dies für Kuba? Das sozialistische Eigentum wird weitgehend privatisiert, der Boden wird kapitalisiert für die Florida-Spekulanten. Der Gangster Levinsky und der Politiker Nixon würden auferstehen unter der Ägide eines Neo-Batista. Kann Kuba auf eine solche Bedingung eingehen ohne sein sozialistisches System aufzugeben? Nein! Diese Form der Demokratie läuft auf eine Kapitulation des Sozialismus hinaus. Dieses Verständnis von Demokratie liefert Kuba dem Kapitalismus aus.

Antikapitalistische Demokratie für Kuba nach der Programmatik der Links-Partei?

Es ist Gregor Gysi nicht zu unterstellen, dass er diese Form der formalen Demokratie meinte. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass er als Mitautor des Programmentwurfs eine Demokratie mit sozialistischen Vorzeichen meint, nämlich „Demokratie und Freiheit in einer Gesellschaft des demokratischen Sozialismus“ (Zitat 2)). Könnte sich Kuba damit anfreunden? Sicherlich enthält der Entwurf des Linksprogramms sozialistische Akzente mit seinem Anspruch auf Beseitigung der Klassengesellschaft: Vergesellschaftung der Banken unter dem Eindruck der Finanzkrise, wirkliche Gleichheit der Geschlechterverhältnisse, mehr soziale Gerechtigkeit, Friedenspolitik jenseits der Nato, mehr Mitbestimmung in der Arbeitswelt und in der Ökologie. Es wäre viel für Deutschland gewonnen, könnten nur Teile dieses Programms verwirklicht werden jenseits der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Und Kuba hätte nichts dagegen, wenn mehr Sozialismus in Deutschland das Sagen hätte. Kuba würde es aber auch nie einfallen, den Deutschen Vorschriften für ihren politischen Kurs vorzugeben. Wenn kubanische Propagandisten in Deutschland auftreten, dann nur für ihre eigene nationale Anliegen: amerikanisches Embargo, das Schicksal der 5 Helden in den amerikanischen Gefängnissen, die wahren Eheverhältnisse der Heldin der Revolution... Tamara Bunke (Zitat 3). Die Krux liegt in dem fordernden Auftreten von europäischen Sozialisten gegenüber den inneren Verhältnissen in Kuba. Wenn Gregor Gysi über Demokratie in Kuba spricht, denkt er an Rosa Luxemburg, für die Demokratie die Freiheit der Andersdenkenden ist oder wie es im Programmentwurf knapp unter Zeile 944 heisst: „Für Rosa Luxemburg endet Gleichheit ohne Freiheit in Unterdrückung, und Freiheit ohne Gleichheit führt zur Ausbeutung“.

Wer würde dem unter einem eurozentrischen Blickwinkel und angesichts der Erfahrungen mit der DDR nicht zustimmen? Aber Kuba ist nicht Europa. Kuba hat eine gänzlich andere Geschichte. Kuba war nie die DDR. Kuba hat sich seine Form des Sozialismus selbst erkämpft und nicht den Sozialismus von der Roten Armee übernommen. Wenn Gregor Gysi Demokratie in Kuba einfordert, geht es ihm nicht nur um Kuba. Es geht ihm um die Linke in Deutschland. Ihn plagt die Sorge, dass Demokratie und Freiheit als bürgerliches Erbe der Französischen Revolution bei einigen in seiner Partei nicht den Stellenwert haben, die diese Werte im Kontrast zur DDR haben sollten. Ihn treibt die eigene schmerzhafteste Erfahrung mit

dem Einparteiensystem in der DDR. Das ist sein gutes Recht. Andererseits: Kuba dient oft als eine Metapher für innerpolitische Auseinandersetzungen innerhalb der Linken in Deutschland, von dem Missbrauch, den andere Vertreter anderer Parteien betreiben, ganz zu schweigen. Sozialdemokratische Landesvorsitzende lassen sich in Varadero genüsslich die Sonne auf den Bauch scheinen und untergehen eine merkwürdige Metamorphose, wenn sie ins kalte Deutschland von ihrem Urlaub zurückkehren. In Honduras diente Kuba für einen verschreckten Mittelstand als Popanz, um mit dem CIA den demokratisch gewählten Präsidenten zu stürzen.

Respekt vor der jeweiligen nationalen Geschichte sollte Maßstab unter sozialistischen Bewegungen sein. So sieht es auch der Programmentwurf der Linken. Unter Text 960 und folgende heisst es: Unterschiedlichste Kräfte und verschiedene Bewegungen ..“suchen, wie in Lateinamerika, nach neuen Wegen für eine nichtkapitalistische Entwicklung und fordern nicht nur unsere Solidarität, sondern auch unsere Lernbereitschaft. Die Kompliziertheit der Probleme und Ausgangsbedingungen verbietet jeden Anspruch auf eine führende Rolle des einen oder anderen Landes, dieser oder jener Bewegung oder einer einzelnen Partei“. Vielleicht ist es an der Zeit, dass der Experte für Außenpolitik in der Links-Partei Wolfgang Gehrcke in der gleichen Lautstärke aber in differenzierter Weise seine Stimme erhebt als sein Fraktionsvorsitzender.

Politische Akademie der Linkspartei als internationales Diskussionsforum: Demokratische Reformen und das kommunistische Einparteiensystems in Kuba

....Lernbereitschaft....Kein Kubaner verlangt von den deutschen Linken, dass sie von dem kommunistischen Einparteiensystem lernen sollten. Viele kubanische Kommunisten sind erfreut, dass auf demokratischem Wege in Form von Wahlen und Mehrparteiensystemen etliche sozialistische Bewegungen in Bolivien, Äquator, Venezuela und vielleicht auch jüngst in Peru Fuß gefasst haben. Es kann aber nicht übersehen werden, dass die unterschiedlichen historischen Erfahrungen und Wege zu unterschiedlichen politischen Konzepten innerhalb der Linken zu einem enormen Diskussionsbedarf geführt hat. Das Auftreten von Gregor Gysi ist nur ein Beispiel für diesen Bedarf. Ich wiederhole meinen Vorschlag, dass die Gründung einer Politischen Akademie des sozialistischen Internationalismus als Diskussionsforum im Programmentwurf aufgenommen wird (Zitat 4). Auf dieser „dialog-neutralen Ebene“ bräuchte Kuba nicht durch die unterschiedlichen Flügel innerhalb der Linkspartei instrumentalisiert werden, wo es diesen gar nicht um Kuba im eigentlichen Sinne sondern um ihre ideologischen Positionen in Deutschland geht. Auch könnte die sogenannte kubanische Menschenrechtsfrage, die in der Vergangenheit die Europaabgeordneten der Linken zu kontroversen Positionen in Straßburg gebracht haben – die aber hier nicht diskutiert werden soll – einer objektiveren Klärung zugeführt werden.

Greifen wir einem solchen möglichen Diskurs in einer linken politischen Akademie voraus. Eine mögliche These könnte lauten: Wenn von mehr Demokratie in Bezug auf Kuba gesprochen wird, kann dies nur als eine demokratische Reform innerhalb und über dem kommunistischen Einparteiensystem verstanden werden. Eine solche Reform kann nicht vom Ausland kommen. Die Partei wird auf ihr Machtmonopol nicht verzichten. Zugleich kann aber nur das kubanische Volk – und nicht nur die Partei, die sich als Kaderpartei versteht - Mit-Träger einer solchen Reform sein, wenn sie allumfassend sein soll. Alles andere böte der neoimperialistische Einmischung in die inneren Angelegenheiten des kleinen Inselstaates durch die Yanquis und die spanischen Konservativen, die wieder zur Macht greifen, weitere Möglichkeiten. Weitere These: Dies entbindet nicht die europäische Linke, sich Gedanken über die Zukunft Kubas zu machen, wenn dies respektvoll in der Form politischer Debatten

im Rahmen eines sozialistischen Rahmens geschieht. Eine totale Abstinenz würde die reaktionären Kräfte nur noch mehr dazu verleiten, zu ihrem Hausgebrauch und Europa-Linken ihr Zerrbild von Kuba um die Ohren zu schlagen. Welche Eckpunkte kämen in Frage? In einer zukünftigen Politischen Akademie könnte durch einen Moderator folgende Option vorgetragen werden. Es müsste ein nationales, autonomes aus der kubanischen Kultur und Geschichte kommendes Projekt sein. Die Mitwirkung eines möglichst großen Teils des Volkes muss nicht im Widerspruch zum Einparteiensystem stehen. Es könnte ein Dialog zwischen Partei und Zivilgesellschaft sein.

Demokratie in drei Entwicklungsstufen des sozialistischen Kubas und ein Ausblick in die Zukunft

Bei einem groben Überblick über die Geschichte Kubas seit der Revolution kann man drei Perioden unterscheiden: 1. die Phase der „Revolution von unten“ 1960 – 65 ohne Kommunistische Partei. 2. Die Neugründung der kommunistischen Partei 1965 nach sowjetischem Vorbild und 3. die krisenhafte Spezialperiode seit dem Fall der Berliner Mauer 1990. 4. Ausblick in die Zukunft

Zu 1. Die 5 Jahre „Revolution von unten“ ist heute zumeist aus dem Gedächtnis verschwunden – unverdienter Maßen. Woraus zeichnete sie sich aus? Es war die Zeit der mehr oder minder spontanen heroischen Massenbewegungen, zu denen die „Barbados“, die bärtigen Führer aus den Wäldern nur die Initialzündungen geben mussten, aus den eroberten Ministerien heraus und vor den Mikrofonen. Diese Massenbewegungen von unten waren auf konkrete Ziele gerichtet: die Verteidigung der Freiheit gegen die Schweinebuchtinvasoren (Strand von Gijón) mit einem kleinen Berufsheer und einer großen Miliz aus idealistischen jungen Männern und Frauen, denen man die Waffen nur in die Hand geben musste, um den Spuk der Söldner der CIA zu beenden. Im Vorfeld des VI. Parteitag feierte man den 50. Jahrestages dieses gloriosen Sieges im Frühjahr 2011. Weiterhin: Die Alphabetisierungswelle von schreibkundigen Städtern für das flache Land. Dann: Die Landarbeiterbewegung, die die Latifundien der Gringos in Besitz nahm. Die Zuckerkampagnen, die Baubrigaden, die Frauen- und die Jugendbewegung und nicht zu vergessen die Gleichheit der Schwarzen. Diese Bewegungen wurden von unten getragen, es gab keine kommunistische Partei, die konkreten Ziele wurden erreicht. Angesichts des erlebbaren Erfolges waren die Mühen legitimiert. Es gab kein Einparteiensystem, es gab die Form einer Basisdemokratie mit den Initialen der Barbados. Diese Form der Demokratie ist höher einzuschätzen als alle Demokratieformen des Westens, weil sie die gesamte Zivilgesellschaft unter revolutionären Vorzeichen erfasst hatte.

2. Phase: Neugründung der kommunistischen Partei

Mit der Neugründung der kommunistischen Partei – die alte hatte sich in den Augen von Fidel Castro beim Kampf um die Macht blamiert - nach sowjetischem Muster kann man von einer „Kanalisation“ der Bewegungen durch die PCC sprechen. Es fehlt hier der Platz für eine endgültige Bewertung dieses Prozesses. Sicherlich bedurfte es einer gewissen Stetigkeit in der Organisation des Staates, kein Land kann von permanenten Spontanitäten leben. Was bot sich mehr an als beim Ausbau der Infrastruktur wie Straßen, der Stauseen, einer Berufsarmee, von Häusern und staatlichen Fabriken neben den Verwaltungsorganen eine „ideologische Begleitung und Führung“ nach dem Vorbild der Sowjetunion zu etablieren? Die kubanische Führung begab sich freiwillig in diese Situation, die die machtorientierte Handschrift von Lenin, den Sieg über den Faschismus und den Wiederaufbau der kriegszerstörten Sowjetunion trug. Und sie befreite Kuba scheinbar aus der Hegemoniegewalt der USA. Aus der Ferne könnte man auch sagen, dass aus der ökonomischen – und militärischen - Abhängigkeit zum Ostblock eine ideologische wurde, wenn auch

unterbrochen durch Schwankungen der kubanischen Genossen, die manchmal mehr auf einen eigenen karibischen Weg des Sozialismus pochten, ohne dies prinzipientreu durchzuziehen. Der erste und lange Zeit der letzte, der auf die Nachteile hinwies, war Che Guevara, der bei seinem letzten Besuch in Europa auf den Immobilismus, die Verbürokratisierung hinwies. Am meisten beklagte er die sowjetische Orthodoxie, die sich lähmend auf den revolutionären Elan auswirkte. Er konnte nicht ahnen, dass seine berechtigte Kritik höchst fatale Folgen für ihn selber haben sollte. Sein tragischer Tod in Bolivien ist letztlich auf die beginnende policy of appeasement zwischen den USA und der Sowjetunion zurück zu führen. Victor Figueroa Albelo (Zitat 5) sieht in der „Sowjetisierung Kubas“ einen gewichtigen Grund für Fehlentwicklungen. Das chronische Dilemma ist die Kopfgeburt des Einparteiensystems: absolute Zentralität, Byzantismus, worunter man die undurchsichtigen Entscheidungsstränge im Politbüro bis zu den Provinzen zählen kann, das Regiment der Alten, aber zugleich Festhalten an Grundideen des Kommunismus wie der höchste Standard im Gesundheitswesen und Bildung in Lateinamerika, sowie seine Heroik gegen das Imperium im Norden, Vorbild für andere sozialistische Systeme in Lateinamerika.

Phase 3: Krisenmanagement nach dem Untergang des Ostblocks 1990

Die Spezialperiode der letzten 20 Jahre können wir an dieser Stelle relativ kurz halten. Nach der plötzlichen und unvorhergesehenen Implosion des Ostblocks als Abnehmer kubanischer Exporte und der Finanzhilfen brach die kubanische Ökonomie total ein. Auf dem 4. Parteitag in Santiago 1991 kam es zu einer gemäßigten Reform. In einer Art Notprogramm wurde auf den Tourismus mit dem Westen gesetzt. Die Mineralienproduktion wurde angekurbelt. Minderheitenbeteiligungen von kapitalistischen Unternehmen wurden erlaubt. Der Grad der Motorisierung im Publikumsverkehr und in der Landwirtschaft wurde mit Ochsenkarren und Pferdekutschen notgedrungen zurück geschraubt. Die Partei öffnete die Mitgliedschaft für Gläubige unter Berufung auf den Märtyrer Frank Pais, der ein gläubiger Katholik und Revolutionär war. Ab 1993 erholte sich die Wirtschaft, ohne die Verluste aufzufangen. Ab 2000 stellte sich erneut eine gemäßigte Erholung ein, so dass man hoffnungsfroh in die Zukunft schaute. Aber ab dem Ende des Jahrzehnts kam in brutaler Weise die Desillusion. Der neue Parteivorsitzende Raúl Castro beklagte die vernichtenden Hurrikans, Schlendrian in der Produktion, das Gift der Korruption in öffentlichen Ämtern und die weltweite Finanzkrise. Die Summe der Negativfaktoren brachte Kuba an den Rand des Bankrotts. Die Reaktion auf die Krise war der VI. Parteitag im Frühjahr 2011, den ich eingehend an dieser Stelle kommentiert habe (Zitat 6) Generell werden zur höheren Effizienz die Rechte der Betriebsleiter – auch gegenüber der kommunistischen Partei - gestärkt. Die Öffnung zu freien Märkten erfolgt vorsichtig. Bis zu eine Million Arbeitnehmer werden aus den öffentlichen Unternehmen entlassen, um der darbenden Landwirtschaft neue Arbeitskräfte zuzuweisen. oder für Arbeiten auf eigene Rechnung. Wie ich in meinem Artikel resümierte, diente der Parteitag der Krisenbewältigung. Für Demokratieansätze war wenig Platz, wie die Begrenzung des Amtierens der Funktionäre auf 2 Perioden.

Mögliches Modell einer Demokratisierung: Zivilgesellschaft als Dialogpartner der Kommunistischen Partei

Wie gesagt, wollen wir an dieser Stelle ein Diskussionsmodell entwerfen, wie es als eine mögliche These in einer politischen Akademie beraten werden könnte, um eine Objektivierung der Diskussion um Kubas innerhalb der europäischen Linken voranzubringen. Die zentrale These greifen wir erneut auf, dass Kuba ein beachtliches demokratisches

Potential in seiner Zivilgesellschaft besitzt, das es zu nutzen gilt. Wir können uns dabei auf kubanische Literatur stützen.

Nach Jahrzehnten des Schweigens begann in den letzten Jahren eine kritische Diskussion über die Vergangenheit. Der Kubaner Julio César Guanche (Zitat 7) subsumiert Gramscis Zivilgesellschaft als einen Prozess, den er „Sozialisation oder die Gewinnung der Demokratie“ nennt. Für die kubanische Gesellschaft beklagt er indirekt die herrschenden Zustände und gibt Perspektiven: Ein Prozess der Sozialisation der kubanischen Gesellschaft widerlege die Zentralität der staatlichen politischen Instanzen. Die Sozialisation stelle die Hierarchie in Frage. Die Sozialisation ist das, was Gramsci eine „passive Revolution“ nannte. Darunter verstand er, dass die Revolution einen autonomen Impuls der Massen in sich tragen muss, will sie auf Dauer erfolgreich sein. Die Sozialisation bestraft das bürokratische Regime.

In dem Buch *Participación y espacio asociativo* (Zitat 8) beschreibt der Autor wie diese Partizipation – nicht zu verwechseln mit der deutschen Mitbestimmung – einen weiten Raum in der kubanischen Zivilgesellschaft einnimmt und in Zukunft einnehmen kann. Nicht zufällig verwendet er dazu das Wort assoziativ als Anlehnung an Marxens Freie Assoziationen nach dem Beispiel der Französischen Kommune. Er meint, dass die lokalen Organe der Regierung (Städte, Landkreise) zu assoziativen Formen ausgeweitet werden sollen, um der Zivilgesellschaft Platz für Entscheidungen im Finanzwesen, in der Koordination und Unterstützung der materiellen Versorgung zu schaffen. Er spricht von Prozessen der Selbstorganisation (*autoorganización*) in der Wirtschaft, der Kultur, der Wissenschaft, der Erholung und sozialer Unterstützung. Er beruft sich auf die 1. Periode nach der Revolution, auf die Erfahrungen mit der Bildungskampagne (*educación popular*). Er stellt sich gegen den Etatismus, den Bürokratenapparat, den Autoritarismus und beschreibt Nicht-Regierungs-Organisationen auf internationaler Ebene. Als eine wichtige demokratische vorstaatliche Organisation benennt er die Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR), sozusagen die Basisorganisationen der Kommunistischen Partei, die sich von unten her aufbaut, wie ich aus eigener Anschauung bestätigen kann. In seiner Bibliographie verwendet er über 70 Autoren, die sich dem Thema international gewidmet haben, darunter Hans Jürgen Burchardt (Heinrich Böll Stiftung, San Salvador), Jürgen Habermas (*Teoría de la acción comunicativa*) sowie den wichtigen kubanischen Autoren Boaventura Souza Santos, der in der Zivilgesellschaft die Quelle einer „Wiedererfindung der Demokratie“ und mit ihr auch eine „Wiedererfindung des Staates“ sieht.

Nicht alles ist positiv in der kubanischen Zivilgesellschaft. Vor allem die kubanischen Sozial- und historische Wissenschaftler haben in den letzten Jahren in aller Offenheit die Defizite analysiert und publiziert. Sie nehmen sich konkrete Themen aus der kubanischen Gesellschaft vor und beschreiben in einer Art sozialen „field research“ das reale Leben. Als Beispiel nehmen wir das Buch von Julio César González über *Macho, Mann, Maskuliner, Studien über den Machowahn in Kuba* (Zitat 9). Realitätsorientiert wird der kubanische Mann in den Themenfeldern Gewalt, Sexualität, Feminismus, Sport, Vaterschaft durchleuchtet, und manchmal fragt man sich, wie nach 52 Jahren Revolution noch so viel Schrott aus einer untergegangenen Zeit in den männlichen Köpfen herumspukt. Tröstlich ist es da – und vielleicht ein Rettungsanker für das Gute in der Zivilgesellschaft – dass der Autor ein Mann ist, und der Verlag Die Frau das Buch editiert hat. Die Frauen wenigstens regten sich über das Buch nicht auf, fanden sie doch alles bestätigt, was sie eh schon wussten.

Zukunft

Kuba muss sich ändern und wird sich ändern wie auch die deutsche Gesellschaft und die EU. Die kapitalistischen Staaten stehen am Abgrund der Finanzkrise, heute mehr als vor 3 Jahren. In welche Richtung sie sich bewegen werden, hängt auch von der Kraft der Linken ab und von Emanzipationsbewegungen aus unserer Zivilgesellschaft heraus. Kuba und Deutschland scheinen in dem Prozess der Transformation nicht so weit weg zu sein. Gemeinsames und Trennendes heraus zu arbeiten, wäre eine lohnende Debattenebene für eine Politische Akademie der Linken.

- (1) SZ 22. August
- (2) Programmentwurf Linkspartei Zeile 153
- (3) Auftreten ihres Ehegefährten Ulises Estrada Lescaille im Mai 2007 im Karl-Liebknecht-Haus. Siehe auch ihre Biographie Tania, la guerrillera inolvidable, La Habana 1970
- (4) Gerd Elvers "Stresstest. Programmentwurf Parteivorstand Linkspartei, in scharf-links
- (5) Economía Política de la transición de socialismo, Experiencia cubana, La Habana 2009)
- (6) Gerd Elvers "Abracadabra" in scharf-links
- (7) Autocríticas. Un diálogo al Interior de la tradición socialista, Ciencias Sociales, Havanna 2009, S. 203 folgende)
- (8) Gesamtedaktion Chaguaceda Noriega, La Habana 2008
- (9) Verlag Die Frau, Habana 010

Gerd Elvers
Fürth, den 9. 9. 2011